

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **285 (2006)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-377305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER, TROGEN



Bild: Keystone

Überlebende eines südindischen Fischerdorfes suchen nach Opfern der Flutkatastrophe.

Zu keiner Zeit hat es an Versuchen gefehlt, die Geschichte nach vermeintlichen Gesetzmässigkeiten zu durchforschen. Die Annahme, dass in der Geschichte bestimmte Kausalitäten und Abläufe periodisch wiederkehren, ist bis heute weit verbreitet. Karl Marx war der Ansicht, dass die Gesetze der Geschichte schliesslich zu einer Revolution des Proletariats führen würden, an deren Ende die Auflösung aller Klassenschranken stünde.

Die Wirklichkeit hat solche Theorien nicht bestätigt. Auch

das Ende der Geschichte, das nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus und des Ostblocks vorschnell proklamiert worden war, ist nicht eingetroffen.

Immer wieder haben nicht vorhersehbare Ereignisse Geschichte gemacht – das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo 1914 beispielsweise, das den Ersten Weltkrieg auslöste, oder der Anschlag auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001, das den Terroris-

mus und dessen Bekämpfung zu einer Hauptpriorität der Staatenwelt werden liess. Die Zukunft bleibt, angesichts der Vielzahl von Faktoren, die auf sie einwirken, nur bedingt vorhersehbar.

Der Natur ausgeliefert

Auch Naturkatastrophen erinnern uns periodisch daran, dass der Macht des Menschen Grenzen gesetzt sind. Eine der schlimmsten Katastrophen der neueren Zeit traf Ende Dezem-

ber 2004 die Länder rund um den Indischen Ozean. Ein Seebeben der Stärke 9,0 auf der Richterskala erschütterte am 26. Dezember den Meeresgrund vor der Küste von Nordsumatra und löste eine gewaltige Flutwelle (Tsunami) aus, die entlang den Küsten rund um den Indischen Ozean für Verwüstungen sorgte. Am stärksten betroffen wurden Indonesien, Thailand, Indien, Sri Lanka, Malaysia, Bangladesh und die Malediven. Die Zahl der Opfer dürfte nach den verfügbaren Informationen über 300 000 betragen haben; eine definitive Zahl wird sich jedoch nie eruieren lassen, da zahlreiche Opfer in Massengräbern eiligst bestattet wurden. Allein im Norden Sumatras kamen wahrscheinlich gegen 200 000 Menschen ums Leben. In Sri Lanka, Südindien und Thailand waren ebenfalls Zehntausende von Opfern zu beklagen. Im Süden Thailands traf der Tsunami auch Ferienparadiese wie Phuket, Phi Phi und Khao Lak. Tausende von Touristen, unter ihnen mindestens hundert Schweizerinnen und Schweizer, wurden ebenfalls von den Wassermassen ereilt.

Die Tsunami-Katastrophe löste eine beispiellose Solidaritätswelle rund um die Welt aus. Laut einer Zusammenstellung der Uno erreichte die Gesamtsumme der Soforthilfe sowie der längerfristigen Hilfsprojekte bis Anfang Juni 2005 2,8 Milliarden US-Dollar; daneben gab es weitere Hilfszusagen in der Höhe von 1,4 Milliarden Dollar. Auch die Schweiz en-

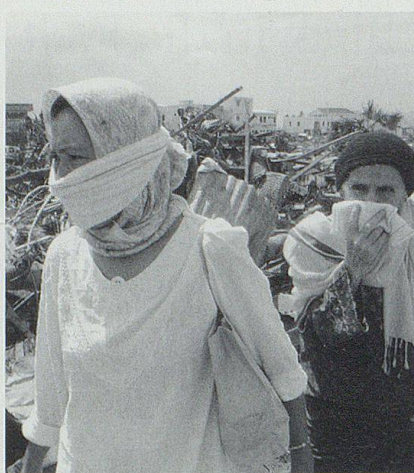


Bild: Keystone

Verwüstungen im Norden Sumatras: Der Tsunami-Katastrophe am Indischen Ozean dürften gegen 300 000 Menschen zum Opfer gefallen sein.

gagierte sich rasch und grosszügig: Der Bund entsandte ein Helikopter-Detachement nach Nordsumatra und übernahm die Kosten für den Wiederaufbau eines thailändischen Fischerdorfes. Die schweizerische Glückskette trug 224 Millionen Franken für die Opfer der Flutkatastrophe zusammen (Stand Anfang Juni 2005). Nicht in Erfüllung gingen Erwartungen, die internationalen Hilfsbemühungen würden auch zur Beilegung der Bürgerkriege im Norden Sumatras sowie im Nordosten Sri Lankas beitragen. Sowohl die muslimische Aceh-Befreiungsbewegung als auch die Tamil Tigers (LTTE) im Norden Sri Lankas setzten ihren Aufstand fort.

Ohnmächtige Staatengemeinschaft

Die Natur entzieht sich letztlich der menschlichen Berechenbar-

keit. Im Klimabereich lässt sich die Entwicklung jedoch recht genau abschätzen. Neuere Daten und Aufzeichnungen deuten unmissverständlich auf eine Erwärmung der Erdatmosphäre und einen weltweiten Klimawandel hin. Nach Angaben der WMO (Weltorganisation für Meteorologie) lagen die zehn wärmsten Jahre des 20. Jahrhunderts alle im Zeitraum nach 1980. 2001 gelangte das IPCC, das für die Beobachtung des Klimawandels zuständige internationale Gremium, zur Feststellung, dass die globale Lufttemperatur seit 1861 um 0,6 °C gestiegen sei. Verursacht wurde diese Erwärmung hauptsächlich durch menschliche Aktivitäten, die zu einer Vermehrung von Treibhausgasen in der Atmosphäre führten. Laut Prognosen des IPCC dürfte die globale Temperatur bis zum Jahr 2100 um weitere 1,4 bis 5,8 °C steigen. Trotz dieser klaren Hinweise kommt die internationale Zusammenarbeit zur Reduktion der Treibhausgase nur harzig voran. Es dauerte bis zum Februar 2005, bis das Kyoto-Protokoll in Kraft treten konnte. 1992 hatten sich die 150 Teilnehmerstaaten des Umweltgipfels in Rio de Janeiro zu gemeinsamen Massnahmen verpflichtet. 1997 stimmten dann 167 Staaten dem so genannten Kyoto-Protokoll zu. Dieser Vertrag fordert die 38 Industriestaaten, die für den grössten Teil der Treibhausgase verantwortlich sind, auf, den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2012 gegenüber den Werten von

1990 um 5,2 Prozent zu senken. Verantwortlich für den zögerlichen Ratifizierungsprozess war vor allem die Weigerung der Vereinigten Staaten, sich an die in Kyoto vereinbarten Klimaschutzziele zu halten.

Nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel offenbart sich die Ohnmacht der Weltgemeinschaft. Auch den Anstrengungen, den Kreis der Atomwaffenmächte einzugrenzen, ist bisher wenig Erfolg beschieden. Im Blickfeld sind namentlich Iran und Nordkorea. Beide Länder stehen im Verdacht, auch internationale Terroristen mit Waffensystemen zu beliefern. Die Islamische Republik Iran betreibt seit dem Jahr 2000 ein Programm zur Urananreicherung, obschon sie über reiche Erdöl- und Erdgasquellen verfügt. Diese Technik stellt einen Verstoss gegen den Atomwaffensperrvertrag dar. Zwar hat der Iran ein Zusatzprotokoll unterzeichnet, das der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) die Kontrolle iranischer Nuklearanlagen ohne vorherige Anmeldung erlaubt. In Wirklichkeit betrieb der Iran jedoch ein Versteckspiel. Während die EU auf Verhandlungen setzte, deuteten die USA an, dass sie gegebenenfalls auch militärische Aktionen gegen das mittelöstliche Land nicht ausschliessen würden.

Noch schwieriger und unfruchtbarer gestalteten sich die internationalen Bemühungen, Nordkorea vom Bau von Atomwaffen abzuhalten. Nach zwei er-

gebnislosen Verhandlungsrunden in den Jahren 2003 und 2004 erklärte sich das Regime Anfang 2005 zur Fortsetzung der Gespräche mit China, Südkorea, den USA, Japan und Russland bereit. Wenig später gab Nordkorea jedoch öffentlich bekannt, dass es über Atomwaffen verfüge, und setzte seine Teilnahme an den Verhandlungen für unbestimmte Zeit aus. Sowohl den USA als auch China fehlten die Mittel, den bettelarmen fernöstlichen Staat zum Einlenken zu bewegen.

Widersprüchliche nahöstliche Welt

Dass es im weltpolitischen Geschehen keine einfachen Gesetzmässigkeiten gibt, zeigt auch der Blick auf die nahöstliche Welt. Auf dem Weg zu demokratischeren und rechtsstaatlicheren Verhältnissen waren zwar Fortschritte zu verzeichnen. Die Demokratie blieb jedoch ein zartes Pflänzchen, das in dieser Weltregion nur mühsam Wurzeln fasste.

Besonders widersprüchlich verlief die Entwicklung im Irak: Kaum ein Tag verstrich ohne Attentate und gewaltsame Auseinandersetzungen. Eine besonders gravierende Zuspitzung der Lage bedeutete die Besetzung Najafs einschliesslich der Imam-Ali-Moschee durch den radikalen Schiiten-Prediger al-Sadr und dessen Milizen, die fast den ganzen August 2004 über andauerte. Najaf ist neben Kerbela das

höchste Heiligtum der Schiiten, weshalb sich ein militärisches Eingreifen der irakischen und vor allem der amerikanischen Streitkräfte auf dem Boden des Heiligtums verbot. Erst dem Grossayatollah Ali al-Sistani, dem einflussreichsten schiitischen Geistlichen im Irak, gelang es schliesslich, ein Friedensabkommen mit al-Sadr auszuhandeln. Weitere Zentren des Widerstandes waren die sunnitischen Städte Fallujah und Samarra. US-Truppen stürmten im November Fallujah, wo sich sunnitische Extremisten aus dem Umkreis des jordanischen Terroristenführers Abu Mussab al-Zarkawi verschanzt hatten. Wie prekär die Sicherheitslage blieb, zeigten auch die sich häufenden Geiselnahmen.

Trotz der unsicheren Lage legte die Übergangsregierung auf den 30. Januar 2005 Wahlen zur provisorischen Nationalversammlung fest. Im Vorfeld kam es zu zahlreichen Anschlägen, die darauf abzielten, die Irakerinnen und Iraker von der Wahl abzuhalten; sunnitische Geistliche riefen darüber hinaus zum Wahlboykott auf. Zur grossen Überraschung sämtlicher Beobachter nahmen über 60 Prozent der Wahlberechtigten am Urnengang teil; er verlief weitgehend regulär. Erwartungsgemäss schwangen die schiitischen Parteien oben aus: Das von Grossayatollah Ali al-Sistani unterstützte schiitische Wahlbündnis Vereinigte Irakische Allianz gewann 48,2 Prozent der Stimmen

bzw. 140 der 275 Sitze und damit die absolute Mehrheit der Mandate. Zweitstärkste Kraft wurde die gemeinsame Liste der grössten Kurdenparteien mit 25,7 Prozent bzw. 75 Mandaten, gefolgt von der säkularen schiitischen Partei von Übergangs-Premier Iyad Allawi mit 13,8 Prozent bzw. 40 Mandaten. Die Sunniten, die unter Saddam Hussein allein die Geschicke des Landes bestimmt hatten, gewannen nur wenige Mandate. Am 16. März 2005 trat das neu gewählte Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Es wählte Anfang April den Kurden Jalal Talabani zum Staatspräsidenten. Zum Ministerpräsidenten berief Talabani den Schiiten Ibrahim al-Jaafari. Nach langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, Volksgruppen und Religionen präsentierte al-Jaafari Ende April sein Kabinett, bestehend aus 17 Schiiten, acht Kurden, sieben Sunniten sowie je einem Christen und einem Turkmenen; sieben Ministerämter gingen an Frauen. Trotz dieser politischen Fortschritte ging die Welle der Gewalt unvermindert weiter.

Widersprüchlich blieb die Entwicklung auch in Afghanistan. Gewaltakte, Entführungen sowie die Ausweitung des Opiumanbaus sorgten immer wieder für Negativ-Schlagzeilen. Andererseits konnten am 9. Oktober 2004 die ersten freien und direkten Präsidentschaftswahlen ohne ernsthafte Störung stattfinden. Klarer Gewinner mit über 55

Prozent der Stimmen war der amtierende Übergangspräsident Hamid Karzai. Anfang 2005 meldete das Uno-Hilfswerk für Flüchtlinge, dass seit dem Sturz des Taliban-Regimes (Ende 2001) über drei Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan zurückgekehrt seien.

Neuanfang nach Arafat

In das zunehmend verkorkste Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern kam unvermittelt Bewegung. Am 11. November 2004 starb PLO-Chef Yassir Arafat in einem Pariser Krankenhaus. Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde war seit 2001 immer mehr zum Hindernis für den Friedensprozess geworden. Seit Jahren befand er sich praktisch unter Hausarrest der Israelis, die ihm ein Doppelspiel mit dem Terrorismus vorwarfen. Arafat

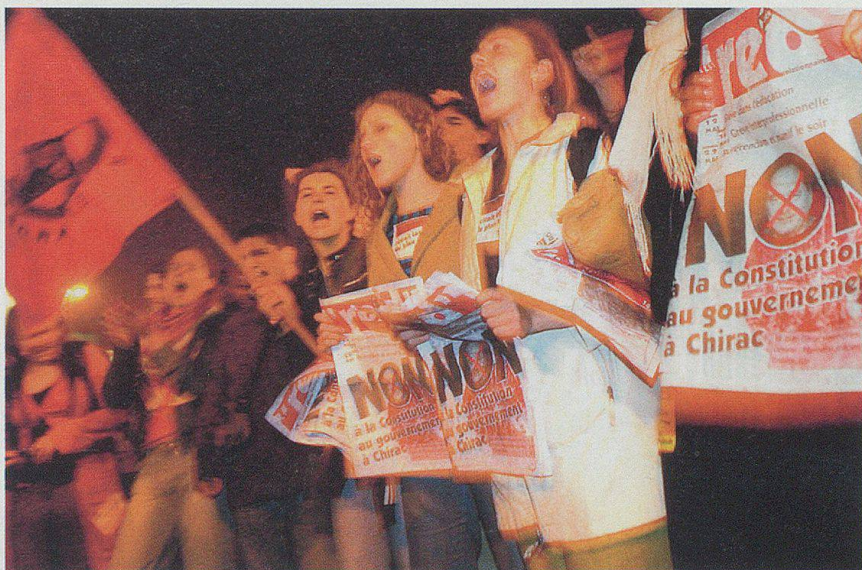
hinterliess ein ungeordnetes, durch Korruption und einen Mangel an Demokratie gekennzeichnetes politisches Gebilde. Vorsorge für seine Nachfolge hatte er nicht getroffen. Allen Befürchtungen zum Trotz verlief die Nachfolgeregelung friedlich: Die Führung der PLO übernahm Mahmud Abbas, der Anfang der Neunzigerjahre massgeblich für die Aushandlung der Osloer Verträge verantwortlich gewesen war. Am 9. Januar gewann Abbas die Wahl zum neuen Präsidenten der Autonomiebehörde mit 62,3 Prozent der Stimmen. Abbas galt als gemässigter Politiker und als Verfechter der «Road Map» für den Frieden, die von den USA, der EU und Russland zusammen mit den Konfliktparteien erarbeitet worden war. Diese sieht die Gründung eines Palästinenserstaates sowie den Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten vor. Mit dem Machtwechsel



Der Sarg mit den sterblichen Überresten Yassir Arafats trifft am 12. November 2004 in Ramallah ein, wo der PLO-Chef seine letzte Ruhe findet.

auf palästinensischer Seite kam auch Bewegung in die israelische Politik: Ministerpräsident Ariel Scharon trieb trotz grossen Widerständen innerhalb seiner Regierungskoalition den Plan einer Räumung des Gaza-Streifens voran.

Auch im Libanon sorgte ein Todesfall für unerwartete Bewegung. Bei einem Bombenattentat in Beirut am 14. Februar 2005 kam der ehemalige Ministerpräsident Rafik Hariri ums Leben. Mit Hariri, einem Milliardär mit saudiarabischem Pass, starben weitere 14 Personen; über 100 Personen wurden verletzt. Die Verantwortung für das Attentat übernahm eine bis dahin nicht in Erscheinung getretene islamistische Gruppierung. Auch ein Zusammenhang des Attentats mit der antisyrischen Haltung Hariris schien nicht unwahrscheinlich. Hariri hatte wiederholt gefordert, dass sich Syrien aus dem Libanon zurückziehen sollte. Nach dem Mordanschlag gingen Zehntausende von Libanesen auf die Strassen, um gegen die syrische Besatzung und für die völlige Unabhängigkeit des Libanon zu protestieren. Syrien geriet auch international unter Druck, worauf Präsident Bashar el-Asad den Abzug der 15 000 im Libanon stationierten syrischen Soldaten einleitete. Bereits am 26. April 2005 verliessen die letzten Truppen den Libanon, womit die fast 30-jährige syrische Militärpräsenz zu Ende ging. Bei den Parlamentswahlen vom Mai und Juni zeigte sich jedoch, wie



Bilder: Keystone

Die EU-Verfassung wird am 29. Mai 2005 von 55 Prozent der Stimmenden in Frankreich abgelehnt.

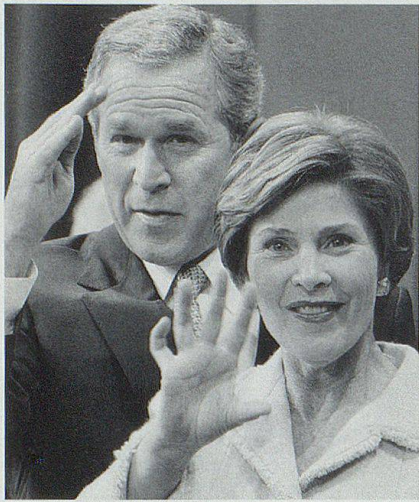
sehr der Libanon nach wie vor entlang seiner konfessionellen Grenzen gespalten ist.

Europas Völker legen sich quer

Fast schien es in den vergangenen Jahrzehnten, als ob die Entwicklung zu einem vereinigten Europa unumkehrbar und geradlinig verlaufen würde. Wichtige Etappen dieses Prozesses waren der Vertrag von Maastricht (1992), die Einführung einer gemeinsamen Währung (1999) und die Erweiterung der EU um zehn ost- und südeuropäische Staaten (2004). Vorgesehen war auch, dass sich das neue Europa bis Herbst 2006 erstmals eine Verfassung und damit einen Rahmen für künftige Integrations Schritte geben würde. Im Juli 2003 hatte ein «Konvent» unter dem ehemaligen französischen

Präsidenten Giscard d'Estaing den Entwurf für eine europäische Verfassung vorgelegt. Er sah im Wesentlichen folgende Elemente vor: die Installierung eines ständigen, für zweieinhalb Jahre gewählten EU-Präsidenten anstelle der rotierenden Präsidenschaft; die Einführung des Amtes eines EU-Aussenministers; die Begrenzung der Anzahl der Kommissare mit Stimmrecht auf 15 (ab 2009); die Ausdehnung des Mitentscheidungsrechts des Europäischen Parlaments; die Einführung des Mehrheitsprinzips in einer Reihe von Bereichen, in denen bisher bei Abstimmungen im Ministerrat Einstimmigkeit erforderlich war sowie eine bessere Kompetenzausscheidung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten.

Das Ratifizierungsprozedere sah vor, dass sämtliche EU-Staaten zustimmen mussten, wobei



US-Präsident George W. Bush wird am 2. November 2004 für eine zweite Amtszeit gewählt.

es den einzelnen Ländern überlassen blieb, wer dafür zuständig war. Frankreich, Holland, Grossbritannien, Dänemark und Tschechien übertrugen diesen Entscheid der Bevölkerung. In Frankreich, wo zuerst abgestimmt wurde, sagten am 29. Mai 2005 55 Prozent der Stimmentenden Nein, in Holland (am 1. Juni) sogar 62 Prozent. Mindestens in Frankreich spielten innenpolitische Gründe eine zentrale Rolle. Für viele Stimmen waren indessen auch Befürchtungen über Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und zunehmende Immigration in einem globalisierten Europa wegleitend. Die Volksreferenden zur EU-Verfassung boten die Möglichkeit, gegen eine supranationale Organisation zu protestieren, die von den vielen Bürgern als unübersichtlich und undemokratisch wahrgenommen wird. Dass die Behörden in Brüs-

sel sowie in mehreren Hauptstädten so taten, als sei nach den Abstimmungen in Frankreich und Holland nichts als ein Betriebsunfall geschehen, nährte das Misstrauen zusätzlich. Mitte Juni beschloss ein EU-Gipfel, den Ratifizierungsprozess vorerst auszusetzen, an der EU-Verfassung in der vorliegenden Form jedoch festzuhalten.

Unmittelbar nach der verlorenen Volksabstimmung wechselte der französische Präsident Jacques Chirac die Regierung Raffarin aus. Neuer Premierminister wurde Dominique de Villepin; der einflussreiche Chef der Regierungspartei UMP, Nicolas Sarkozy übernahm das Innenministerium.

In Deutschland zog die rot-grüne Regierungskoalition nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai die Konsequenzen: Sie kündigte Neuwahlen an, die am 18. September stattfinden sollten. Angesichts der stark gesunkenen Popularität von SPD und Grünen wurde allgemein ein Wechsel zur CDU/CSU und zur FDP erwartet.

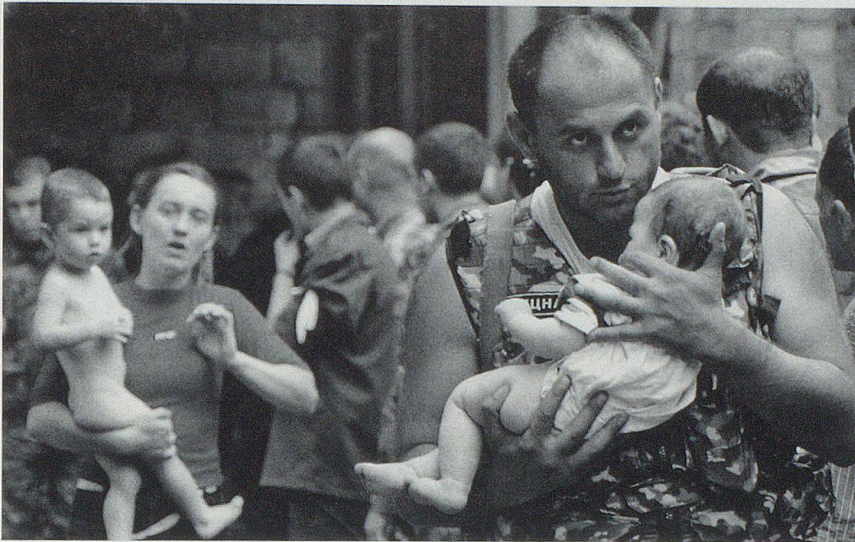
In Grossbritannien gelang es Premierminister Tony Blair und seiner Labour Party zum dritten Mal in Folge, die Parlamentswahlen zu gewinnen. Wegen des Irak-Kriegs wehte Blair jedoch im Wahlkampf ein rauer Wind entgegen. Die Regierungsmehrheit verringerte sich von 167 (2001) auf 66 Sitze.

Auch Amerikas Wähler bestätigten ihren Präsidenten.

Trotz Irak-Krieg, Arbeitslosigkeit und Budgetdefiziten gewann George W. Bush die Wahlen am 2. November 2004 gegen den demokratischen Senator John F. Kerry überraschend deutlich: Auf Bush entfielen 286 Wahlmännerstimmen (16 mehr als notwendig), auf Kerry 252. Insgesamt drei Millionen Menschen stimmten mehr für Bush als für Kerry. Auch bei den gleichzeitig abgehaltenen Wahlen zum Repräsentantenhaus und den Teilwahlen zum Senat gewannen die Republikaner hinzu: Im Senat verbesserten sie sich auf 55 der insgesamt 100 Sitze und im Repräsentantenhaus auf 231 der 435 Sitze. Sie verfügten damit in beiden Häusern des Kongresses über eine Mehrheit. Bush konnte damit seine zweite Amtszeit gestärkt in Angriff nehmen, obschon der Krieg im Irak fast täglich Opfer unter den amerikanischen Besatzungstreitkräften forderte.

Russland und seine Nachbarn

Gegenläufige Tendenzen kennzeichneten die politische Entwicklung Russlands. Präsident Wladimir Putin blieb zwar auf der aussenpolitischen Ebene ein respektierter Partner des Westens. Dass Russland indessen noch längst kein funktionierender Rechtsstaat ist, unterstrich der Prozess gegen Michail Chodorkowski, den ehemaligen Chef des Erdölkonzerns Yukos. Das Urteil – neun Jahre Lagerhaft – wurde allgemein als Abrechnung



Bilder: Keystone

Blutige Geiselnahme: In der nordossetischen Stadt Beslan kommen nach einer Geiselnahme rund 300 Kinder und Erwachsene ums Leben.

des Kremls mit einem prominenten Kritiker der Staatsmacht verstanden.

Auch Putins Eingreifen in die innenpolitische Krise in der Ukraine war wenig zimperlich: Im Schwarzmeerstaat standen sich das Regierungslager um Präsident Kutschma und Ministerpräsident Janukovic und die vom früheren Regierungschef Viktor Juschtschenko angeführte Opposition in einem erbittert geführten Machtkampf gegenüber. Im Gegensatz zum moskautreuen Kutschma befürwortete Juschtschenko einen Beitritt der Ukraine zur Nato und zur EU. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, am 31. Oktober 2004, errangen Janukovic und Juschtschenko je rund 40 Prozent der Stimmen und mussten sich am 21. November einer Stichwahl stellen. Janukovic gewann laut offiziellen Angaben mit 49,6 Prozent der Stimmen

vor Juschtschenko, auf den 46,3 Prozent entfielen. Die Wahlkommission erklärte Janukovic zum Sieger, aber die Opposition erkannte das Wahlergebnis wegen offensichtlicher Manipulationen nicht an und erklärte ihrerseits Juschtschenko zum Sieger. Internationale Wahlbeobachter bestätigten den Vorwurf der Manipulation; die EU erklärte, sie könne das Wahlergebnis nicht akzeptieren; auch die USA reagierten missbilligend. Russland, das schon im Wahlkampf den Regierungskandidaten Janukovic massiv unterstützt hatte, hielt dagegen das Ergebnis der Stichwahl für gültig. In der Folge machte die Opposition ihrem Unmut über das verfälschte Wahlergebnis mit Massendemonstrationen Luft, in deren Verlauf immer wieder auch das Parlament und die Regierungsgebäude blockiert wurden. Ein Ausweg aus der Staatskrise zeich-

nete sich erst ab, als das Oberste Gericht der Ukraine die Stichwahl wegen Wahlbetrugs für ungültig erklärte und eine Wiederholung am 26. Dezember anordnete. Dabei gewann Juschtschenko mit knapp 52 Prozent der Stimmen. Am 23. Januar 2005 wurde er als neuer ukrainischer Präsident vereidigt.

Im Tschetschenien-Konflikt setzte Russland seine kompromisslose Politik fort, ohne dass sich eine Aussicht auf eine Lösung eröffnete. Im Gegenteil, Gewalt erzeugte Gegengewalt. Mehrmals wurde Russland Ziel von Terroranschlägen: Am 24. August 2004 stürzten fast zeitgleich zwei Passagierflugzeuge ab; 89 Menschen kamen dabei ums Leben. Die beiden Flugzeuge waren vermutlich von tschetschenischen Selbstmordattentäterinnen zum Absturz gebracht worden. Am 1. September 2004 brachten rund 30 Terroristen in einer Schule in der Stadt Beslan in Nordossetien über 1200 Schulkinder und Erwachsene als Geiseln in ihre Gewalt. Zwei Tage später wurde die Schule von russischen Sicherheitskräften gestürmt. Die Folge war ein entsetzliches Blutbad, bei dem über 300 der Geiseln ums Leben kamen.

Auch in Usbekistan kam es zu Auseinandersetzungen. Die ehemalige Sowjetrepublik, die 1994 unabhängig geworden war, blieb unter Präsident Karimow diktatorisch regiert. Bei den Parlamentswahlen vom 26. Dezember 2004 waren ausschließlich regie-

lungstreue Parteien und Gruppierungen zugelassen. Auf Demonstrationen in Andischan, der viertgrößten Stadt Usbekistans, reagierte das Regime am 13. Mai mit brutaler Härte: Dem Massaker fielen vermutlich über 1000 Menschen zum Opfer.

Das Sterben Johannes Pauls II.

Kaum ein anderes Ereignis mit Ausnahme der Tsunami-Katastrophe hat 2005 weltweit so viele Menschen in seinen Bann gezogen wie das Sterben Papst Johannes Pauls II. Der 264. Papst der Römisch-Katholischen Kirche erlag am 5. April 2005 mit knapp 85 Jahren seinen Altersgebrechen. Während seiner langen Amtszeit von über 26 Jahren hatte der gebürtige Pole Karol Józef Wojtyła einen prägenden Einfluss auf das weltpolitische Geschehen ausgeübt, indem er konsequent für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintrat. Mit seinem Engagement für die Demokratiebewegungen in Osteuropa trug Johannes Paul II. wesentlich zum Zusammenbruch der sowjetkommunistischen Herrschaft bei. Nach dem Ende des Kalten Krieges bezog er aber auch Stellung gegen Materialismus und einen regellosen Neoliberalismus. Im innerkirchlichen Bereich zeigte sich Johannes Paul II. doktrinär und dogmatisch. Er vertrat eine strenge Ethik des Lebensschutzes. Trotz Bevölkerungsexplosion und Aids-Ge-



Papst Johannes Paul II. wird am 8. April 2005 beigesetzt. 200 Staatsgäste und über 300 000 Menschen verfolgen die Trauerfeier auf dem Petersplatz in Rom.

fahr in den Ländern der Dritten Welt sprach er sich gegen künstliche Methoden der Empfängnisverhütung aus. Abtreibung lehnte er ebenso ab wie Homosexualität. Trotz des teilweise akuten Priestermangels blieben kirchliche Ämter für Frauen verschlossen. Auch am Zölibat, dem Eheverbot für Priester, liess Johannes Paul II. nicht rütteln. Diese Positionen stiessen auch innerhalb der katholischen Kirche, auf viel Kritik. Die liberalen Kräfte, die für eine zeitgemässe Sexualmoral eintraten, wurden systematisch zurückgedrängt. Kritikern wie dem Schweizer Theologen Hans Küng begegnete der Vatikan mit dem Entzug der Lehrerlaubnis oder mit noch schärferen Sanktionen. Mit 1338 Selig- und 482 Heiligsprechungen sowie 104 Auslandsreisen, die ihn auf alle Kontinente führten, stellte Johannes Paul II. alle seine

Vorgänger in den Schatten. Höhepunkte seines Pontifikats waren die Reisen nach Jerusalem (1999), wo er an der Klagemauer betete, und nach Damaskus, wo er als erster Papst eine Moschee betrat. Auch die Schweiz besuchte das Oberhaupt der katholischen Kirche zwei Mal – 1984 und 2004, weniger als ein Jahr vor seinem Tod.

Zum Nachfolger wählte das Konklave der Kardinäle am 19. April 2005 den gebürtigen Bayern Joseph Alois Ratzinger. Als Dekan des Kardinalskollegiums und Präfekt der Kongregation war Ratzinger zuvor rechte Hand Johannes Pauls II. gewesen. Der neue Papst, der den Namen Benedikt XVI. annahm, galt als konservativ und reformfeindlich. Mit seinen 78 Jahren dürfte er an der Spitze der Römisch-Katholischen Kirche allerdings nur eine Übergangslösung darstellen.

Innenpolitischer Rückblick

Als am 10. Dezember 2003 Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz neu in den Bundesrat gewählt wurden, machten SVP und FDP keinen Hehl aus ihrer Entschlossenheit, auf Regierungsebene eine bürgerliche Wende zu erzwingen. Statt dieses Ziel zu erreichen, mobilisierten sie linke und gewerkschaftliche Gegenkräfte. Die Abstimmungsvorlagen des Jahres 2004 boten der Linken willkommene Möglichkeiten, ihre Macht zu demonstrieren. Einen ersten Erfolg erzielten SP, Grüne und Umweltverbände am 8. Februar: Volk und Stände lehnten den «Avanti»-Gegenentwurf mit 62,8 Prozent Nein ab. Eine noch verheerendere Niederlage erlitten die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaft in der Abstimmung vom 16. Mai 2004: Das Steuerpaket, das markante Änderungen in der Familien- und in der Wohneigentumsbesteuerung vorsah, scheiterte am Übermass der vorgesehenen Entlastungen – mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 65,9 Prozent. Ebenso böserging es der 11. AHV-Revision; sie wurde mit 67,9 Prozent Nein verworfen.

Auch der dritte eidgenössische Abstimmungstag des Jahres, der 26. September 2004, brachte für Bundesrat und Parlament wenig Erfreuliches: Beide Einbürgerungsvorlagen scheiterten (mit 56,8, resp. 51,6 Prozent Nein), und die Volksinitiative «Postdienst für alle» wurde nur mit

hauchdünner Mehrheit (50,2 Prozent Nein) verworfen. Der Schweiz schien zu diesem Zeitpunkt eine ernsthafte Blockade zu drohen. Die aus den Wahlen 2003 gestärkt hervorgegangene SVP zur Rechten sowie SP und Grüne zur Linken verfolgten ihre politischen Ziele zusehends kompromissloser, und die Mitte (FDP und CVP) drohte zwischen diesen Polen zerrieben zu werden.

Erschwerend für die Regierungsfähigkeit der Eidgenossenschaft kam hinzu, dass es dem Bundesrat an Geschlossenheit fehlte. Christoph Blocher erwies sich, nicht unerwartet, als wenig pflegeleichtes Regierungsmitglied. Mehrfach reizte er die Grenzen des Kollegialprinzips

bis zum Zerreißen aus. So etwa, als er sich am 26. September vorlaufenden Kameras weigerte, zu den Resultaten der Einbürgerungsvorlagen Stellung zu beziehen. Blocher liess auch kaum eine Gelegenheit verstreichen, seine von der Bundesrats-Linie abweichenden Meinungen publik zu machen.

Umkämpfte Schengen-Abstimmung

In der Europapolitik konnte der Bundesrat dennoch Erfolge verzeichnen: Nach harten Verhandlungen war es im Mai 2004 gelungen, ein zweites Paket bilateraler Abkommen mit der Europäischen Union abzuschliessen. Es umfasst neun Verträge



Bilder: Keystone

Das Schweizervolk stimmt dem Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin am 5. Juni 2005 mit einem Ja-Anteil von 54,6 Prozent zu.



Bild: Keystone

Justizminister Christoph Blocher spricht an einer SVP-Gedenkfeier zum Kriegsende vor 60 Jahren am 8. Mai 2005 in Rafz.

von recht unterschiedlichem Gewicht: Für die EU standen die Dossiers Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung im Vordergrund. Nach hartem Ringen einigten sich die EU und die Schweiz auf Lösungen, welche das Schweizer Bankgeheimnis im Kern unangetastet lassen. Die EU willigte ferner ein, der Schweiz die Mitgliedschaft in den Sicherheits-, Polizei- und Asylabkommen von Schengen und Dublin zuzugestehen. Schon vor dem Abschluss des Schengen/Dublin-Abkommens

hatte die SVP beschlossen, zusammen mit der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) das Referendum zu ergreifen. Der Abstimmungskampf war überaus heftig: Die Befürworter betonten die erweiterte Reisefreiheit und die neuen Zusammenarbeits-Möglichkeiten im Sicherheits- und Asylbereich, die Gegner warnten vor mehr Einwanderung und Kriminalität. Schliesslich billigte das Schweizervolk das Schengen-Abkommen am 5. Juni 2005 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von

54,6 Prozent. Dieses Ergebnis war umso bemerkenswerter, als in der Woche zuvor Franzosen und Holländer gegen die neue EU-Verfassung gestimmt und damit ein Zeichen gegen einen EU-Superstaat gesetzt hatten. Allerdings manifestierte sich im schweizerischen Ergebnis ein tiefer Graben zwischen befürwortenden städtischen Agglomerationen und konservativen ländlichen Regionen. Die West- und Nordwestschweizer Kantone sowie Bern und Zürich billigten das Abkommen mit deutlichen

Ja-Mehrheiten. Nein sagten die Stimmenden in allen Zentral- und Ostschweizer Kantonen sowie im Tessin. Hätte das Ständemehr gegolten, wäre die Vorlage gescheitert: 14 von 26 Kantonen verweigerten dem Anschluss an Schengen/Dublin ihre Zustimmung.

Im Vorfeld der Abstimmung hatte SVP-Bundesrat Christoph Blocher erneut für einen Eklat gesorgt, als er eine Feier zum 60. Jahrestag des Weltkriegsendes und der Befreiung vom Nationalsozialismus in Rafz zum Anlass nahm, gegen die Aufhebung von Grenzen Stellung zu beziehen.

Unter Druck der EU

Das Ja zu Schengen/Dublin erhielt bereits am Tag darauf einen Dämpfer: Benita Ferrero-Waldner, die EU-Aussenkommissarin, gab bekannt, die EU werde den Schengen-Vertrag mit der Schweiz nur ratifizieren, falls die Schweizer Stimmberechtigten am 25. September auch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder billigen würden. In der Schweiz stiess dieser Positionsbezug weit herum auf Unverständnis, zumal zwischen den beiden Abkommen keine rechtliche Verbindung bestand. Die Verwirrung wurde noch grösser, als der luxemburgische Justizminister Luc Frieden, Mitglied der EU-Ratspräsidentschaft, auf die Zuständigkeit des Ministerrats bei der Ratifizierung des Schengen/Dublin-Abkommens pochte und

damit Ferrero-Waldner widersprach. Über einen Punkt konnte es jedoch keinen Zweifel mehr geben: Eine Verwerfung des Personenfreizügigkeitsabkommens würde seitens der EU Konsequenzen haben und womöglich den bilateralen Weg vollständig in Frage stellen.

Die Anpassung des Abkommens über den freien Personenverkehr war nötig geworden, nachdem die EU zehn ost- und südeuropäische Länder als Vollmitglieder aufgenommen hatte.

Gegen die erweiterte Personenfreizügigkeit ergriffen die Schweizer Demokraten das Referendum. Auch die SVP unterstützte das Referendum, war aber intern gespalten: Mehr als ein Drittel ihrer Fraktionsmitglieder stellte sich aus wirtschaftlichen Erwägungen hinter das Abkommen. Obschon die erweiterte Personenfreizügigkeit mit klaren Schutzbestimmungen gegen Lohndumping gekoppelt wurde und obschon alle grösseren Gewerkschaften Ja sagten, standen viele Arbeitnehmer dem Abkommen skeptisch gegenüber.

Gesellschaftspolitische Reformen

Auf der gesellschaftspolitischen Ebene demonstrierte die Schweiz ihre Reformfähigkeit mit einer Reihe von Abstimmungsentscheiden: Am 26. September 2004 akzeptierten die Stimmberechtigten eine Revision der Erwerbssersatzordnung,

die einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen festlegt, mit einem Ja-Anteil von 55,4 Prozent. Nach mehr als 50 Jahren und mehreren gescheiterten Anläufen war damit der Verfassungsauftrag einer Mutterschaftsversicherung für alle erwerbstätigen Frauen erfüllt.

Am 28. November billigte das Schweizervolk mit 66,4 Prozent Ja ein Gesetz, das der Stammzellenforschung Leitplanken setzt: Die Verwendung überzähliger Embryonen und embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken sollte nur unter restriktiven Voraussetzungen erlaubt sein.

Am 5. Juni 2005 fand das Partnerschaftsgesetz die Zustimmung vom 58 Prozent der Stimmenden; es ermöglicht es zwei Personen gleichen Geschlechts, ihre Beziehung rechtlich abzuschliessen. Adoptionen blieben jedoch ausgeschlossen.

In der Schuldenfalle

Gegen den Widerstand der Linken billigten die Stimmberechtigten das «Jahrhundertprojekt» des Neuen Finanzausgleichs. Fast zwei Drittel aller Stimmenden sagten am 28. November 2004 Ja zu dieser komplexen Vorlage, die mehr politischen Gestaltungsspielraum für die Kantone, einen besseren Ausgleich zwischen stärkeren und schwächeren Kantonen sowie eine Entflechtung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen bringen wird.

Bund und Kantone konnten endlich vom Erlös der überschüssigen Goldreserven profitieren. Nach einem langwierigen Tauziehen in den eidgenössischen Räten blieb am Ende keine andere Möglichkeit, als die rund 21 Milliarden Franken so auszuschütten, wie dies die Bundesverfassung vorsieht: zwei Drittel für die Kantone, ein Drittel für den Bund. Die meisten Kantone setzten den Geldsegen zur Schuldentilgung ein, was ihnen mehr finanzpolitischen Handlungsspielraum verschafft.

Die 7 Milliarden, welche der Bund zugesprochen erhält, werden allerdings an der Schulden-situation nur wenig ändern. Ende 2004 belief sich die Verschuldung der Eidgenossenschaft auf 126,7 Milliarden Franken, was 28,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Trotz des Entlastungsprogramms 04, das den defizitären Bundeshaushalt in den Jahren 2006 bis 2008 um knapp 5 Milliarden Franken entlasten wird, dürfte die Schuldenlast auf über 130 Milliarden ansteigen.

Reformdruck

Verschärfungen im Asylgesetz, insbesondere die Einschränkung der Sozialhilfe für abgewiesene Asylbewerber, liessen die Zahlen neuer Gesuche stark zurückgehen. Für Empörung unter den Personalverbänden sorgte Bundesrat Christoph Blocher, als er die Streichung von 116 der 585 Stellen in den zentralen Diensten



Bild: Keystone

Das überschüssige Nationalbank-Gold im Gesamtbetrag von 21 Milliarden Franken kann auf Bund und Kantone verteilt werden.

seines Departements bekannt gab. Reorganisationen auch in der Armee: Noch bevor die Armee XXI mit ihren neuen Strukturen und Ausbildungswegen definitiv umgesetzt war, gab das Verteidigungsdepartement bekannt, die eigentlichen Kampftruppen auf eine einzige Brigade reduzieren und stattdessen die infanteristischen Mittel, die für Bewachung und Sicherung benötigt werden, ausbauen zu wollen.

Steigenden Problemdruck verzeichnet der Sozialbereich: In finanzieller Schieflage befindet sich vor allem die Invalidenversicherung. Sie weist Fehlbeträge von über 1,5 Milliarden pro Jahr aus. Bis Ende 2006 dürfte der Schuldenberg auf über 6 Milliarden anwachsen. Ende 2004 bezogen 283 000 Personen eine IV-

Rente. Zusätzliche Korrekturen, wie sie bereits die 4. IV-Revision mit verbesserten Abklärungs- und Eingliederungsmöglichkeiten gebracht hat, erscheinen dringend geboten. Während die Arbeitslosigkeit bei einer Quote von rund 3,8 Prozent verharrte, nahmen die Zahlen der Ausgesteuerten und Sozialhilfeempfänger in alarmierendem Mass zu. Die AHV schreibt zwar vorläufig noch schwarze Zahlen, braucht jedoch ebenfalls Reformen, um trotz der Alterung der Bevölkerung finanziell gesund und leistungsfähig zu bleiben. Im Bereich der Krankenversicherung sorgte Bundesrat Couchepin mit seiner Entscheidung, die alternative Medizin aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung herauszunehmen, für einen Sturm der Entrüstung.